

Antrag 1.1.2: Wertschöpfungsabgabe

Antragsteller*in:	AWO Bezirksverband Rheinland e.V.
Status:	Überweisung
Antragskommission:	Überweisung an das Präsidium

1 **Die Bundeskonferenz möge beschließen:**

2

3 „Für eine solidarische Alterssicherung der Lebensleistung“

4

5 Die Arbeiterwohlfahrt fordert die Bundesregierung auf, die von der AWO schon lange
6 geforderte Wertschöpfungsabgabe einzuführen. Zur weiteren Finanzierung der
7 Altersrenten ist von den Betrieben eine Abgabe zu leisten, die sich an der
8 „Wertschöpfung“ der einzelnen Unternehmen orientiert. Grundlage ist der Umsatz eines
9 Unternehmens im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl und der Lohnsumme.

Begründung

Die derzeitige beitragsbasierte Rentenversicherung entlässt Unternehmen, die Personal aufgrund von Automatisierung und Digitalisierung abbauen, aus der gesellschaftlichen Verpflichtung.

Eine Wertschöpfungsabgabe, die sich am betriebswirtschaftlichen Erfolg orientiert schafft auch einen Ausgleich zwischen beschäftigungsintensiven Unternehmen, wie Handwerksbetrieben, die immer personalintensiv tätig sind und anderen, die aufgrund von Automatisierung und Digitalisierung weniger Menschen beschäftigen.

Die alleinige Heranziehung des Faktors Arbeit ist ungerecht, weil die Arbeitnehmer*Innen mit ihrer Arbeitsleistung erst die Basis für Investitionen schaffen.

Die AWO Bundeskonferenz hat dies überdies in ihrem Leitantrag „Soziales“ beschlossen. Nun ist die Umsetzung durch die Politik im Gesetzgebungsverfahren gefordert.